



Ein Fachmann für die Lausitz

Christian Görke ist Direktkandidat für Cottbus/Spree Neiße

Neuhausen/Spree

Am 20. März gegen Mittag war die Erleichterung zu spüren. Endlich, nach dem Corona bedingt dritten Anlauf, hat der Lausitzer Wahlkreis 64 einen Direktkandidaten für den Bundestagswahlkampf. Mit 90 % der Stimmen wurde Christian Görke von den Mitgliedern des Kreisverbandes Lausitz gewählt. Und das ist gut so für die Region! Denn nun steht mit dem Finanzminister a.D. des Landes Brandenburg ein politisches Schwergewicht im Rennen.

Christian Görke ist ein Experte in Sachen Finanzpolitik, Strukturwandel und infrastruktureller Gestaltung. Aus seiner Sicht ist die Lausitz wie ein Brennglas der gesellschaftlichen Herausforderungen und zugleich das wirtschaftliche Herz Brandenburgs. Und er zeichnet in seiner Rede ein Bild: „Wenn dieses industrielle Herz Brandenburgs stottert, dann hat es Auswirkungen auf das gesamte Land.“ Weiter erklärt er: „Die Lausitz befindet sich seit Jahren in einem massiven Umwälzungsprozess. Deshalb will ich meine fachlichen und politischen Erfahrungen einbringen, um die notwendigen Umsetzungsschritte der Strukturentwicklung so-

zial, gerecht und solidarisch sowie mit den hier lebenden Menschen voranzubringen.“

Der 59-jährige Havelländer bringt langjährige Erfahrung aus dem Politikbetrieb der verschiedenen Ebenen mit. Besonders wird ihm wohl seine Zeit als brandenburgischer Finanzminister helfen. In der Position sammelte Görke sechs Jahre lang Regierungserfahrung in einer rot-roten Koalition.

Der Nominierte hat in Neuhausen eine brennende Bewerbungsrede gehalten, zunächst verhalten, später beinahe ungehalten. Die Genoss*innen merken ihm sein Temperament an, seinen Kampfgeist. Sie fühlen sich mitgeris-

sen, wenn er über sein Spezialgebiet spricht: Finanzen. Zum Beispiel spricht er über die Verschuldungen der Städte und Kommunen, die der Bund tilgen könnte: Die Spree-Neiße-Kreisstadt Forst sei durch Kassenkredite in Höhe von 40 Millionen Euro belastet, die Stadt Guben von 17 Millionen. Als Finanzminister habe er einiges zur Verbesserung der Haushaltslage der Kommunen getan. Im Bundestag will er sich weiter dafür einsetzen, denn was ihn aufregt, ist die „bizarre“ Verteilung von Reichtum. Er will eine andere Zirkulation und regt eine zehnprozentige Sonderabgabe für Vermögen ab 2,5 Millionen Euro an.

Viele andere Themen werden angerissen: Bildung, Mieten, Verkehrsanbindung, Pflege... Die Genoss*innen „quetschen“ den Kandidaten in drei Fragerunden regelrecht aus. Die Stimmung ist kämpferisch-positiv. Es ist zu spüren, wie wichtig trotz aller pandemiebedingten Schwierigkeiten, ein persönlicher Austausch gefehlt hat.

Der Direktkandidat hat die Wahl und die Herzen gewonnen. Als dann auch noch ein Genosse die Nominierung des Vogels des Jahres verkündete, bestand bei niemandem mehr ein Zweifel, dass es nur vorangehen kann, im Jahr des Rotkehlchens.

Conny Meißner



Testchaos - Stadtspitze überfordert

Cottbuser Schulen müssen es ausbaden

ein (ziemlich langer) Kommentar von Florian Szonn

Cottbus im Testchaos könnte nach dieser Woche wohl die einzige Schlagzeile in allen regionalen Medien lauten. Als Lehrer einer Cottbuser Grundschule weiß ich persönlich nur zu gut, was in dieser letzten Schulwoche vor den Osterferien abging. Eltern von schulpflichtigen Kindern könnten hier mit Sicherheit schon direkt aufhören zu lesen. Sie haben zu spüren bekommen, wie es ist, wenn politische Entscheidungen ohne Weitsicht und Perspektive getroffen werden.

So hat es die Stadtspitze unter Oberbürgermeister Holger Kelch – gelinde gesagt – vergeigt. Vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBS) kennen wir diese Schnellschüsse ja schon und was sie uns hier vor Ort in der Pandemie eingehandelt haben. Dass aber die Stadt Cottbus in die gleiche Kerbe schlägt und nicht nur planlos, sondern geradezu verantwortungslos Kinder dazu verpflichtet einen negativen Selbsttest vorzulegen, um weiterhin die Schule besuchen zu dürfen, damit hatten wohl die wenigsten gerechnet.

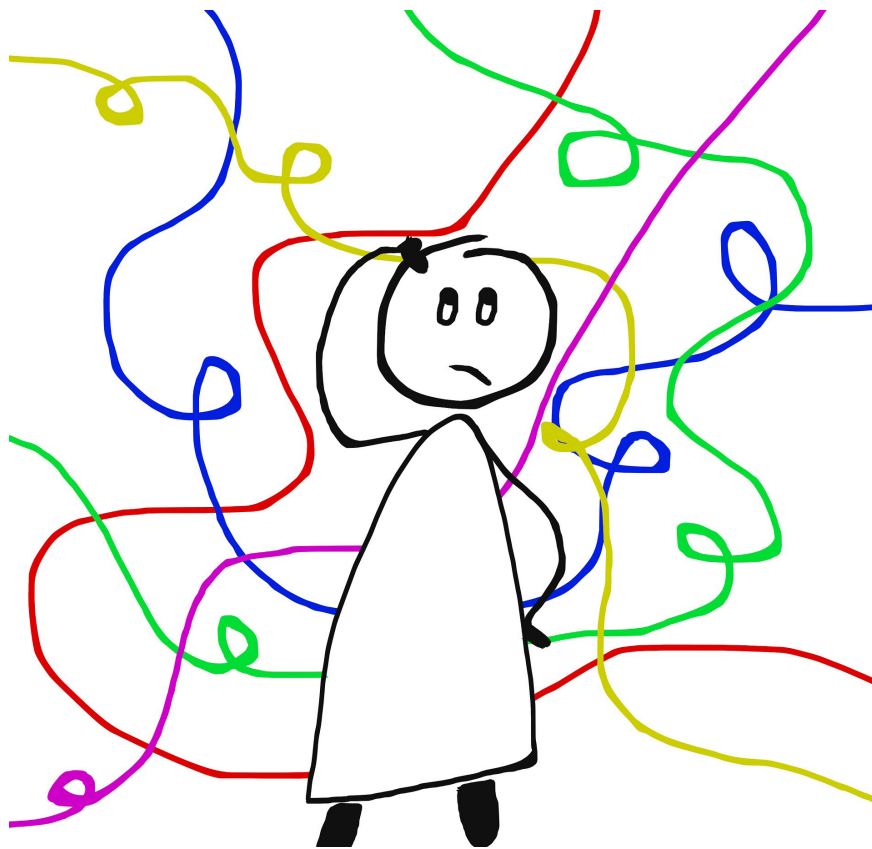
Niemand kann die Notwendigkeit bestreiten, dass eine Öffnungsperspektive für

Schulen nur mit einer regelmäßigen Testung der Schüler*innen und Lehrer*innen einhergehen kann, auch bei steigenden Inzidenzwerten.

In einer Pandemie, die uns allen so viel abverlangt und jetzt schon ein ganzes Jahr andauert,

aus dem Fachbereich Schule der Stadtverwaltung, namentlich durch Frau Dieckmann und Frau von Deppade: es gäbe noch keine belastbaren Informationen zur Machbarkeit der Umsetzung der Allgemeinverfügung. Selbsttests für

und Änderungen dieser Anordnungen in den vergangenen Tagen nach unten zu den Schulen delegiert wurden und welche Formulare von wem wo fristgerecht abgegeben werden müssten, nur um zwei Tage später in einer Pressemitteilung der Stadt zu lesen, dass die Fristen geändert würden. Was bleibt, ist eine absolute Erschütterung des Vertrauens in all die Maßnahmen, die uns vor einer neuerlichen Welle der Infektionen schützen sollten. Gleichzeitig haben Landesregierung und Stadtspitze absolutes Misstrauen in die eigene Handlungsfähigkeit entfacht. Es ist schlicht unmöglich, so enge zeitliche Abfolgen in einem komplexen System, wie Schule es ist, zu re-



sollte doch zu erwarten sein, dass wir alle einiges daraus gelernt hätten, zumindest die nächsten Schritte mit genügend Augenmaß anzugehen.

Es wäre nur zu leicht gewesen, noch eine einzige Woche abzuwarten und die Tests in ausreichender Stückzahl über die Osterferien an die Schulen zu verteilen. Gegenteiliges war der Fall: Die Allgemeinverfügung wurde am Freitag erlassen. Am Montag kam eine erste Meldung

die Schüler*innen seien noch gar nicht in ausreichender Stückzahl für auch nur eine einzige Testung verfügbar.

Das Chaos an den Schulen war schon jetzt vorprogrammiert. Die Aussetzung der Präsenzpflicht, die beinahe gleichzeitig (am Sonntagabend) durch das MBS eiligst verkündet wurde, war da nur noch das „Sahnehäubchen“ für die Schulen.

Ich könnte eine ganze Seite nur damit füllen, wie viele Anordnungen

realisieren und nur schulterzuckend zu hoffen: „Die werden das schon irgendwie machen...“

Tatsächlich ist jetzt gerade das Maß des Erträglichen bei allen Beteiligten in der Bildung erreicht.

Vielleicht wäre es an der Zeit, die Akteure – die am Ende alles ausbaden müssen – an einen gemeinsamen (virtuellen) Tisch zu holen und dringend (!!!) den Kurs, der gerade über die Köpfe aller hinweg gefahren wird, zu ändern.

Hey, Alter! Computer für Schüler*innen

Ein Gespräch mit Initiator Benjamin Andriske über ein Super-Projekt

Wenn ich mein Gespräch mit Ben Andriske in kurzen Worten zusammenfassen müsste, dann wäre es wahrscheinlich: "Jede*r Einzelne kann was bewegen, was verändern."

Und das hat der Cottbuser mit dem Projekt "Hey, Alter!" definitiv gezeigt. Die Idee, die nun bundesweite Initiative nach Cottbus zu bringen, kam relativ spontan durch den Post einer Freundin.

Nach kurzer Zeit wurden schon die ersten Computer "renoviert" und an Schüler*innen diverser Schulen weitergegeben. Dabei haben seit Beginn 2021 mehr als 200 Kinder und Jugendliche PCs erhalten und konnten somit am digitalen Unterricht teilnehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt beschränkt sich "Hey, Alter!" in der Lausitz aber nicht nur auf Cottbus, sondern ist auch in Guben, Spremberg, Calau und vielen weiteren Standorten zu finden (mehr Infos auf ihrer Website). Trotz des Projekterfolgs, Kids mit einem PC auszustatten, sagt Ben mit einem Tropfen Wermut in der Stimme: "Die Aktion dürfte es gar nicht geben [...] Das hätte schon vor 15 Jahren erledigt sein müssen. Im Jahre 2000 oder spätestens 2010 hätten die Schulen digitalisiert sein müssen!"

Und er hat Recht, denn die schleppende Digitalisierung ist ein strukturelles Problem, das auf

allen Ebenen zu finden ist. Da wäre zum Beispiel die Regierung, die keine Verantwortung übernimmt und Aufgaben von einer Ebene zur anderen durchreicht, bis sich vereinzelt

Lehrer*innen darum kümmern müssen. Aber auch Eltern, Lehrerinnen und Lehrer können der Digitalisierung im Weg stehen. So gibt es Lehrer*innen, die sich schlichtweg nicht mit der neuen Thematik auseinandersetzen wollen oder es nicht können, weil keine Fortbildungen angeboten werden. Genauso sind manche Eltern nicht unschuldig, da sie sich aktiv gegen den Einsatz von Technik stellen oder ihn als unwichtig abstempeln.

Ein weiteres Problem ist, dass die Technik an manchen Schulen vorhanden ist, aber nicht genutzt wird. Weil sie Bedenken hätten, dass die Technik nicht seinem bestimmungsgemäßen Einsatz fände. Dass die Digitalisierung in Deutschland hinterhinkt, wusste man schon vor der Krise. Corona ist mehr der Finger in der Wunde, der uns aufzeigt, wo unsere Schwachstellen liegen.

Und gerade in solchen teilweise trostlosen Zeiten ist Dankbarkeit oder



darum einfach ein Lächeln etwas Wertvolles. Das wusste auch eine Klassenlehrerin, in deren Klasse ca. 10 Kinder einen neuen Rechner erhielten. Ihrer erste digitale Aufgabe? Eine Dankes-E-Mail an Ben und sein Team schreiben. Eine weitere Geschichte, die mich getroffen hat, war die einer Gubener Schülerin. Sie wurde durch die finanzielle Lage ihrer Eltern davon abgehalten dem Fernunterricht beizuwohnen. Denn ohne Computer kein Fernunterricht. "Ja die hat sich wie Bolle gefreut", erzählt Ben mit einem Lächeln auf den Lippen. "Die Mutter konnte es gar nicht fassen, dass sie da jetzt einen Laptop geschenkt bekommt". "Das ist der Pragmatismus, den ich mag", meint Ben. „Einem Menschen mit etwas eigentlich so Einfachem helfen zu können.“ Auf die Frage hin, ob es einen Punkt gegeben hätte, an dem er gerne alles hingeschmissen hätte, antwortet er, dass es natürlich Höhepunkte und Tiefpunkte gab, er

aber nie daran dachte aufzugeben. Natürlich wurden Fehler gemacht, beim ersten Mal könne nicht alles perfekt laufen, aber daraus müsse man lernen.

Es ist spürbar, dass es ihm nicht darum geht, als Held oder Retter verstanden zu werden. Ihm geht es einfach darum, dass "die Kids PCs bekommen und das so schnell wie möglich." Der Rest sei ihm egal: "Ich hab ne Familie, die mich auffängt und toll ist, ich verdiene Geld und kann mir meine Miete leisten[...] Und ich hab nen Balkon, wo ich grillen kann. Alles gut." Und dann sagt er noch: "Man muss, finde ich, positiv gestimmt sein und vorwärts denken."

Ich finde, das fasst die gesamte Aktion ziemlich gut zusammen. Denn mit dem Projekt "Hey, Alter!" ermöglicht er jungen Lausitzer Schülerinnen und Schülern eine bessere Zukunft. Infos: <https://heyalter.com/cottbus/>

Meto & Paul



DIGITALER FRIEDENSAKTIONSTAG

Ostern und Frieden das gehört zusammen. Die Coronalage schränkt Aktionsformen unter Beteiligung vieler Menschen ein. Wir haben uns entschlossen, Präsenzveranstaltungen zu verzichten. Wer gern an einer Aktion teilnehmen möchte, findet hier einen Überblick: www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2021. Auch in diesem Jahr stehen sie vor allen Dingen unter dem Motto: **Stoppt Defender!**

Denn ungeachtet der pandemischen Zustände weltweit führen US- und NATO-Streitkräfte ihr Großmanöver „Defender 2021“ in Südosteuropa, am Schwarzen Meer durch und trainieren erneut das schnelle Umsetzen großer Truppenverbände quer durch Europa mit Russland als Ziel im Blick. Rüstungsexporte und Aufrüstung nie dagewesenen Aus-

maßes in hochmoderne autarke Waffensysteme bedrohen Frieden und Sicherheit wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Das wollen wir nicht unwidersprochen lassen. Am 03. April laden wir zu einem digitalen Aktionstag:

- 10 Uhr: Eure Fotos (siehe oben).
- 13 Uhr: „Was bedeutet Dir Frieden?“ filmische Spurensuche, Links.Jugend Lausitz
- 15 Uhr: Diskussion zum Video mit Chris Neumann und Conny Meißner
- 19 Uhr „Friedenskonferenz“ per livestream aus Weißwasser mit Kerstin Kaiser - RLS Büro Moskau
Heike Hänsel - MdB - Sprecherin für Abrüstungsfragen
Martin von der Informationsstelle Militarisierung Tübingen

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Lausitz Ortsvorstand Cottbus, 03046 Cottbus, , Ostrower Straße 3, Telefon: (0355) 22 44 0; V.i.S.d.P. Christopher Neumann , Redaktion: Ch. Neumann, C. Meißner, M. Loehr, E.Richter; PR u.a. Layout/Satz: wortreich.de, Cornelia Meißner
Kontakt: Mail: linksblick@dielinke-lausitz.de/Page: www.dielinke-lausitz.de/FB: [facebook.com/dielinkelausitz](https://www.facebook.com/dielinkelausitz)
NÄCHSTER LINKS.BLICK ERSCHEINT AM 09.04., Redaktionsschluss: 07.04.

TERMINE

TALK im STREAM: 08.04., 18.30Uhr
„Cannabis legalisieren!“

Jährlich sterben in Deutschland über 70 000 Menschen an den Folgen des Alkoholkonsums, an denen des Tabakkonsums 120 000 Menschen – jedoch niemand an den Folgen von Cannabiskonsum. Während es sich bei den einen um legale Drogen handelt, werden Konsumenten, die Cannabisnutzer kriminalisiert.

DIE LINKE fordert daher schon lange: Aufklärung und Hilfsangebote statt Bestrafung. Und anstatt Cannabis der Drogenmafia zu überlassen, wollen wir es staatlich kontrollieren.

Es ist längst an der Zeit, die Legalisierung von Cannabis umzusetzen. Über einen möglichen Weg und die Hürden dahin sprechen im Talk im Stream Nr.3 Marlen Block, MdL und Rechtsanwältin mit Georg Wurth, dem Vorsitzenden und Inhabers des Deutschen Hanfverbandes.



alle Streams auf www.dielinke-lausitz.de/Videos

RLS - ONLINE-Diskussion: 16.04., 18 Uhr
Ein Manifest für den Lausitzer Strukturwandel

Wandel wofür und für wen? Der Kohleausstieg ist beschlossen, der Strukturwandel im Gange. Bisher fehlt es jedoch an Strategien, die eine sozial-ökologisch nachhaltige Zukunft vor Augen haben. Damit es diese geben kann, muss die Diskussion darüber, wie der Strukturwandel ablaufen soll, aufgeweitet werden. Wie wollen wir zusammen leben, was brauchen wir dafür und wie organisieren wir uns?

Die fünf Urbanistik-Student*innen der Bauhaus-Universität Weimar, Hamidou Maurice Bouguerra, Lara Hartig, Moritz Twente, Pernilla Kober und Max Hoffmann, haben als Ergebnis eines studentischen Forschungsprojektes

ein Manifest konzipiert, ohne finale Antworten, aber mit konkreten Vorschlägen anhand derer sich über den Prozess und die Ziele des Strukturwandels diskutieren lässt! Dazu werden wir uns in diesem digitalen Format nach einer kurzen Vorstellung in wechselnde thematische Gruppen aufteilen und die Ergebnisse der Diskussionen am Ende zusammentragen. Mehr über das Projekt: <https://lausitz.bauha.us/>

Die Veranstaltung wird ausschließlich live (ohne Aufzeichnung) über Big-BlueButton realisiert.

Link zum Veranstaltungsraum: <https://rosalux.applikations-server.de/b/rls-rmh-hvr-lut>

Die Drebkauer Stadtverordnetenversammlung hat die Auseinandersetzungen um die Vorsitzende des Finanzausschusses, Margit Neugebauer (DIE LINKE) brachial beendet. Während in der regionalen Presse, die im Vorfeld noch umfangreich berichtete, nun nichts mehr darüber zu lesen ist, versucht der „LinksBlick“ eine Aufarbeitung.

Neumann weiter.

Im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung fand ein Gespräch zwischen den Vertretern der CDU und SPD einschließlich des Bürgermeisters einerseits sowie der LINKEN andererseits statt. Ziel war es, den Konflikt zu lösen, damit wieder zu einer sachlichen kommunalpolitischen Arbeit jenseits von Personalquerelen zurückgefunden wird. An diesem nahm auch die Landtagsabgeordnete

Kathrin Dannenberg teil:



Der totgeschwiegene Skandal

Am 16. März 2021 hat die Stadtverordnetenversammlung Drebkau ihren eigenen Finanzausschuss aufgelöst. Beantragt wurde dieser Schritt von CDU und SPD. Da die Antragstellenden gemeinsam mit dem Bürgermeister Paul Köhne (CDU) eine Mehrheit haben, ging das Begehren mit neun gegen acht Stimmen durch.

„Nachdem Kritik an Frau Neugebauers Äußerungen zur Haushaltsaufstellung laut wurde, hatte sie bereits im Juni 2020 angeboten, ihre Position zur Verfügung zu stellen, um eine Rückkehr zur Sacharbeit zu ermöglichen“, so Christopher Neumann, Vorsitzender der Cottbuser Linkspartei. „Anstatt aber das Gespräch mit ihr und unserer Fraktion zu suchen, wurde sie als Ausschussvorsitzende abgesetzt. Inzwischen hat auch die Kommunalaufsicht festgestellt, dass dieses Vorgehen rechtswidrig war. Statt einer Korrektur hat man nun einfach das gesamte Gremium aufgelöst“, so

„Mein Ziel war es, als Außenstehende zu vermitteln. Auch wenn hier versucht wurde, Margit Neugebauer persönlich in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, haben wir unseren Beitrag für ein Aufeinander-Zugehen geleistet“, so Dannenberg.

„Mit diesem Beschluss hat sich das Drebkauer Stadtparlament eines seiner wichtigsten Gremien beraubt. Die Bestimmung und Kontrolle der Verwendung öffentlicher Gelder ist eine der wesentlichen Aufgaben der Stadtverordneten“, kommentiert Werner Hübner, Vorsitzender der Drebkauer Linksfraktion. „Dabei hatte Frau Neugebauer nach dem fraktionsübergreifenden Gespräch auch schriftlich ihren Rücktritt angekündigt. Die Begründung der Antragstellenden war somit hinfällig. Dennoch hielten sie an ihrem Vorhaben fest – ganz nach dem Motto: Wir haben keinen Grund, aber die Mehrheit. Unter dieser Prämisse die Rechte und

die Arbeitsfähigkeit unserer Stadtverordnetenversammlung derart zu beschneiden, spricht für ein merkwürdiges Demokratieverständnis.“

Was bleibt sind Fragen: Ist ein mit knapper Mehrheit gefasster Beschluss demokratisch, wenn dadurch die Rechte von Fraktionen jenseits der de facto Koalition des Bürgermeisters beschnitten werden? Ist es im Interesse produktiver Kommunalpolitik, wenn sich Abgeordnete selbst ihre Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Verwaltung beschneiden? Und warum werden diese Fragen nicht von den regionalen Medien an die verantwortlichen Akteure gestellt?

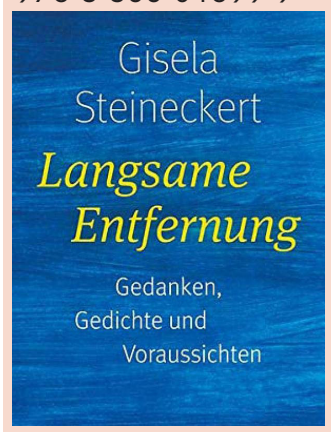
Klar ist nur eines: Der Drebkauer Politkrimi ist damit noch nicht beendet. /Red.

Anm.: Nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat die „Lausitzer Rundschau“ am 27.03.2021 berichtet.

Lesetipp

Nein, eine Bilanz ist ihre Sache nicht, aber einen Rückblick gönnt sich Gisela Steineckert. Und ihre treuen Leser wissen um den Anlass, den 90. Geburtstag der Schriftstellerin. Besser aber wäre zu sagen, sie wagt diesen Rückblick. Denn der Versuchung, nur die Erfahrungen der Harmonie zu konservieren und vergangene Konflikte auszusparen oder kleinzureden, erliegt sie nicht. Sie ringt dem Gedächtnis ab, »was uns zu Leid und Lachen widerfahren ist....

Verlag: Neues Leben; 02/ 2021, ISBN 978-3-355-01899-9



Corona-Chaos ergreift auch Cottbuser Stadtpolitik

oder: Warum Politiker*innen auch nur Menschen sind

Kommentar von Christopher Neumann

Die für vergangenen Mittwoch geplante Tagung der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung wurde kurzfristig am Vortag abgesagt.

Die Entscheidung hat der Ältestenrat, bestehend aus dem Präsidium des Stadtparlaments und den Vorsitzenden aller Fraktionen, getroffen. An jenem Tag wurde auch die inzwischen kassierte „Erweiterte Osterruhe“ als neue Maßnahme in der Pandemiebekämpfung verkündet.

Für die Absage sprachen mehrere Gründe: Während neue Beschränkungen des öffentlichen Lebens allen Menschen auferlegt werden, trifft sich die Politik wie selbstverständlich - ein schwierig zu vermittelndes Außenbild. Darüber hinaus waren für die Tagung in der

Stadthalle eilig Schnelltests besorgt worden, während Kindern und Jugendlichen der Besuch ihrer Kita oder Schule aufgrund fehlender Test-Kits verweigert werden sollte (Anm.: Über das Cottbuser Testchaos berichtet der „LinksBlick“ auf Seite 3).

In dieser Dynamik kam das - eigentlich nur beratende Gremium - zu dieser Entscheidung. Wie so häufig im Leben sieht man am nächsten Tag die Dinge anders. Abzuwägen ist, dass dadurch die dringend notwendige öffentliche Debatte zu Testungen, Impfungen und fahrlässigen Öffnungsaussichten nicht geführt werden konnte. Auch der wichtige, von der LINKEN angeregte Beschluss zu Corona-Sonderzahlungen für Cottbuser Kitaerzieher*innen steht aus. Der Antrag



der Linksfraktion, Cottbus zum „Sicheren Hafen“ zu erklären, wird ebenfalls verschoben. Unter dem sprichwörtlichen Strich hätte man die Sitzung wohl doch besser stattfinden lassen.

In einer Woche, in der sogar die sonst durch stoische Ruhe bekannte Bundeskanzlerin eine eilige Rolle rückwärts hinlegen muss, kann den ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen hier kein Fehlverhalten zur Last gelegt werden.

Umso erschreckender sind die Äußerungen einzelner Stadtverordneter im Nachgang, die einen Erosionsprozess in den Fraktionen CDU, SPD, Unser Cottbus/FDP und GRÜNE aufzeigen. In aller Öffentlichkeit werden die Entscheidungen der jeweils eigenen Fraktionsvorsitzenden, die sich allesamt für die Absage ausgesprochen haben, harsch angegriffen. Im Gegensatz zu anderen Situationen bin ich froh, dass DIE LINKE hier keine Schlagzeilen macht und sich an dieser öffentlichen „Selbsterflei-

schung“ nicht beteiligt. Richtig ist es hingegen, jetzt wieder etwas Ruhe und Sachlichkeit in unserer hektischen Zeit einkehren zu lassen.

Es ist verabredet, dass Entscheidungen über Terminänderungen oder -absagen zukünftig im Hauptausschuss, einem demokratisch legitimierten Gremium der SVV, besprochen werden, um solche „Schnellschüsse“ zu vermeiden. Unser Seebrücke-Antrag wird im April nachgeholt und die Kitaerzieher*innen bekommen ihre verdiente Sonderzulage durch eine Eilentscheidung, die in der nächsten Sitzung des Stadtparlaments nachträglich legitimiert wird. Außerdem wird es auf Drängen unserer Fraktion ab April eine fundierte Schnellteststrategie am Eingang zum Plenarsaal geben.

Und die zurückliegenden Chaos-Tage sollten wir schnellstmöglich überwinden. Die Zeiten sind auch so schon schwierig genug.

